

Die Matrosenunruhen.

Eine halbamtliche Erklärung.

Den Berliner Blättern ist über die Lage in Kiel folgende Erklärung zugegangen:

Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe fahren die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgeführt. Die Mannschaften der Garnison bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es erfolgt allmähliche allgemeine Abgabe der Waffen, Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung in der Zivilbevölkerung ist noch nicht gestört. Die Betriebe sind noch im Ausstand. Die Bevölkerung ist ruhig.

In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewalttätigen Übergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angefaßt worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Festigung der Lage in Kiel.

Gestern, am fünften Tage der Bewegung ist die Lage weiter gefestigt. Mehr und mehr geht das Leben in Kiel in normale Bahnen zurück. Der Betrieb der Straßenbahnen ist wieder aufgenommen. Damit ist eine empfindliche Hemmung des öffentlichen Verkehrs beseitigt, was namentlich von der Geschäftswelt wohlthuend empfunden wird. Der Eisenbahnverkehr wird noch stilliegen. Güterzüge gehen nur in beschränkter Zahl, hauptsächlich solche, die der Beschaffung von Lebensmitteln dienen. Auf Mittwochabend hatte die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Kiel im Großen Saal des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Volksversammlung angesetzt, die sehr stark besucht war. Poppe-Kiel sprach über die politische Lage und über die Ereignisse der jüngsten Zeit. Gegen 8 Uhr abends wurde eine Alarmierung der Mannschaften verhängt. Über die Ursache des Alarms waren die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Man erwartete das Einlaufen des ersten Geschwaders der Kriegskolonne und wollte ihm entgegenfahren, um die Offiziere zu entwaffnen. Im inneren Kriegshafen herrschte infolgedessen lebhafter Betrieb. Lichtsignale wurden gegeben, Scheinwerfer traten in Tätigkeit, die Matrosen wurden an Bord übernommen und erhielten die Anweisung, die Waffen klar zu halten. In der inneren Stadt erfolgte eine erhebliche Verstärkung der Posten und Sicherungen. Später wurde die Alarmbereitschaft wieder aufgehoben. Im Stadttheater verursachte die Alarmierung starke Verunruhigung. Das Publikum verließ nach ihrem Bekanntwerden zum größten Teil die Vorstellung. Die Nacht verlief jedoch ohne jeden Zwischenfall. Kein Schuß störte die Ruhe der Bürgerschaft. Am gestrigen Morgen war alles still. Dankbar begrüßten die Zeitungsbetriebe eine Veröffentlichung des Soldatenrates, laut der die Zeitungsträger überall frei passieren dürfen.

Der neue Gouverneur von Kiel.

Zum Gouverneur von Kiel und Vorstehenden des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates wurde durch den letzteren der sozialistische Reichstagsabgeordnete G. Roske, Chemnitz, bestimmt.

Die Lage in Hamburg.

Das Sozialistenblatt „Hamburger Echo“ wird künftig den Titel führen „Die rote Fahne“, Amtliches Organ des Arbeiter- und Soldatenrates.

Alle Zivilpersonen müssen abends um 8 Uhr die Straßen verlassen. Vor morgens 7 Uhr darf die Straße auch nicht betreten werden. Personen, die geschäftlich gezwungen sind, die Straße zu benutzen, haben sich beim Arbeiter- und Soldatenrat einen Ausweis abzuholen. Alle Zivilpersonen, die sich in der Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhalten, werden erschossen. Diese Maßnahme ist nötig, weil Ausschreitungen der Bevölkerung vorgekommen sind. — Die ganze Nacht zum Donnerstag wurde heftig geschossen. Der Hamburger Senat wird auch fernernhin die Verwaltung in Händen haben, das heißt, so weit man heute etwas voraussetzen kann in der Lage ist. Nur die Nahrungsmittelkontrolle dürfte der Soldatenrat selbst in die Hand nehmen. Vom Soldatenrat im Gewerkschaftshaus wird folgendes mitgeteilt: „Sämtliche Amtsgebäude und Militärgebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Veränderungen werden sofort mit Erschießen bestraft. Die Militärbehörden haben kapituliert. Patrouillen werden nachts zur Aufrechterhaltung der Ruhe die Stadt durchstreifen. Das Post- und Telegraphenamt ist nicht besetzt. Der Soldatenrat hat dieselben Forderungen gestellt wie in Kiel. Er wird an die Bevölkerung durch Anschlag einen Aufruf erlassen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Reise von Reichstagsabgeordneten nach Hamburg.

Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten Stolten (Soz.) und Blund (Fortschr. Wp.) auch die Abgeordneten Studbe (Soz.) und Schumann von der Generalkommission der Gewerkschaften abgefahren. Ihnen sollte Dr. Quark (Soz.) folgen, vielleicht mittels Flugzeuges, um recht rasch an Ort und Stelle zu sein. Die Reichsbank steht noch in regelmäßiger Verbindung mit den Reichsbankstellen in Hamburg und Kiel. Weber auf die Reichsbankstelle, noch auf irgendwelche Privatbanken ist ein Angriff erfolgt.

Die Opfer in Hamburg.

In Hamburg wurde am Dienstag schon in den frühen Morgenstunden eine Anzahl Wunden in der inneren Stadt geplündert. An den Plünderungen beteiligten sich sogar Knaben von 14 bis 15 Jahren, schnalsten sich Waffen an und zogen damit durch die Stadt. Ein großer Trupp unter Vorantritt von Marineinfanterie zog vor die Kasernen. Dort wurde sehr heftig geschossen. Dabei gab es eine Anzahl Tote. An der Spitze der Demonstrationen standen

von Kiel nach Hamburg gekommene Matrosen, die die Kasernen zur Uebergabe aufforderten. Als Antwort erfolgte Maschinengewehrfeuer. Die Matrosen schossen in die Kasernen hinein. Durch das Maschinengewehrfeuer wurden 15 Marineinfanteristen getötet, auch eine Anzahl Verletzte mußte vom Plage getragen werden. Inzwischen traf von der Kommandantur der telephonische Befehl ein, die Kasernen bedingungslos zu übergeben. Es wurden eine weiße Fahne aus dem Fenster gesteckt und die Tore geöffnet, so daß die Demonstranten eintraten konnten. Es wurde dann der Oberst des Regiments, der den Befehl zum Widerstand gegeben hatte, von den Aufzählern erschossen. Die Verhandlungen mit dem Generalkommando führten zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen die in Kiel angenommen wurden, auch für Hamburg, Altona und Umgebung gültig sein.

Kleine politische Meldungen.

Die 2. Kammer des Sächsischen Landtages übernahm gestern den Gesetzentwurf über die Gewährung von Feuerungszulagen durch die Schulgemeinden nach längerer Aussprache, in der die Redner aller Parteien ihre Zustimmung gaben, an die Reichstagsdeputation zur Durchberatung. Vor der Landtagssitzung hatte eine Sitzung des Gesamtministeriums stattgefunden.

Deutsches Feindliche Rundungen in Rumänien. Vor einigen Tagen fand in Bukarest eine deutschfeindliche Rundung statt. Mit Rücksicht auf die Gerüchte, daß im Palasthotel, wo das Oberkommando der Besatzungstruppen seinen Sitz hat, eine englische und französische Militärmission eingetroffen sei, um über den Waffenstillstand zu verhandeln, sammelte sich eine große Menschenmenge an, meist junge Leute. Als wie gewöhnlich, am Sonntag die deutsche Militärmusik vor dem Hotel zu spielen begann, schrie die Volksmenge mit der Absingung rumänischer Lieder und der Wertschätzung ein, die bald die Militärmusik überdeckte. Zufällig anwesende oder vorüberfahrende deutsche Offiziere, darunter der deutsche Festungskommandant Generalleutnant Koch wurden mit Pfeifusen empfangen. Deutsche deutsche Militärpolizei griff ein und gesteuerte die Menge, ohne daß es zum Waffengebrauch gekommen wäre. Den ganzen Nachmittag blieb die Hauptstraße Victoria mit deutschen Patrouillen besetzt, die jede Ansammlung von Menschen verhindern. Der Minister des Innern hat sich beim deutschen Oberkommando wegen der Vorfälle entschuldigt.

Die Wahlen in Amerika. Die bisher vorliegenden Wahlergebnisse aus den Vereinigten Staaten, die ein Drittel der Stimmzahl ausmachen, machen es sicher, daß Wilson aus diesen Wahlen zum mindesten ebenso stark wie bisher hervorgeht wird. Nach den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen sind bei den Neuwahlen zum Kongreß 19 Demokraten und 29 Republikaner gewählt worden.

Die Kriegskosten in Mexiko. Die amerikanischen Kriegskosten betragen sich im Monat Oktober auf 178 840 000 Dollars, einschließlich Anleihen an die Verbündeten im Betrage von 289 100 000 Dollars. Die Gesamtkriegskosten werden auf 20 881 000 000 Dollars geschätzt.

Die Wahlen in Wilton. Ein Telegramm, welches von einer Wähler-Versammlung in Strahburg an Wilson abgefaßt wurde, hat folgenden Wortlaut: Herr Präsident! Die am 2. November tagende Versammlung altenglischer Bürger verschiedener Parteien und Berufsstände stellt sich mit Entschiedenheit auf den Boden der Selbstbestimmungsgerechtigkeit der Wähler, wie von Ihnen formuliert, und bittet Sie, mit Ihrem ganzen Einfluß dafür einzutreten, daß dem schlagkräftigsten Volke die Ausübung dieses Rechts wirklich gesichert wird, weil nur dadurch ein normaler Verlauf wegen Eliaß-Bedingungen verhindert werden kann.

Von Stadt und Land.

Kiel, 8. November.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 6. November in Aue.

Vorsitzender: Herr Amtshauptmann Dr. Wimmer. Die Tagesordnung umfaßte 35 Gegenstände. Genehmigt wurden die Ortsgesetze über die Festsetzung des Gehalts des Bürgermeisters zu Grünhain, über die Tagelöhner und Reisekosten der Gemeindevorstände und über die Beamten der Gemeinde Lauter, sowie über die Pensionberechtigung der Gemeindevorstände in Wildenau, die Umbezeichnung des vom Forstrevier Poppowald abgetrennten Jagengebietes Juristried Nr. 448 für Niederschlema aus dem Gutsbezirk Poppowald in den Gemeindebezirk Niederschlema, eine Grundstücksabtrennung in Oberschlema und die Uebertragung der Erlaubnis zum Schankwirtschaftsbetriebe im Hause Nr. 87B zu Bernsbach auf den jetzigen Eigentümer. — Die Berufsmöglichkeit des Gemeindevorstands Stiehl in Wildenau wurde anerkannt. — Die Haushaltpläne für den Bezirksverband und für das Prinzess-Marien-Stift auf 1919 sollen der Bezirksversammlung zur Genehmigung empfohlen werden. Dem Prinzess-Marien-Stift wurde zur Verfertigung der Betriebsmittel ein Voranschlag bewilligt. — Zu der Herausgabe von Rotgeld-Gutscheinen im Werte von 20 Mk. und 5 Mk. wurde Zustimmung erklärt. — Von der Errichtung eines Kartoffellagerkellers beim Bahnhof Aue soll zunächst noch abgesehen werden. — Die mit der Schätzung und Nachprüfung der Betriebe, Kartoffel- und Futtermittel-Vordäte beschäftigten Vertrauensleute sollen gegen Unfall versichert werden. — Von der Erwerbung der Mitgliedschaft beim Reichsausschuß für Bevölkerungspolitik soll abgesehen werden. — Mit der Anstellung des Kaufmanns Bieberstein als Milchkontrollant und der Anstellung eines Milchrevisor wurde Einverständnis erklärt. — Einsehensklagen des Fremdenverkehrs werden nach den im hiesigen Bezirk gemachten Erfahrungen nicht für erforderlich gehalten. — Schließlich erfolgten noch verschiedene Kenntnisnahmen und Kommissionswahlen.

Die Verkaufsstelle der Agl. Sächs. Armees Nr. 556 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Arbeitsanleihebestimmung der ersten Bürgerklasse. Die 1. Bürgerklasse zu Aue hat auf die 9. Arbeitsanleihe 40000 Mark gezeichnet. Somit ist die bisherige Gesamtzeichnung auf fast 1/2 Million gestiegen.

Bedenkmittel am Sonnabend: Fleisch und Butter.

g Schaufensterbruch. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde ein Schaufenster des Kaufhauses Schöden in der Ernst Papststraße erbrochen. Es wurden daraus zahlreiche Taschennmesser entnommen. Die Diebe hatten den Schaufenster mittels Nachschlüssel geöffnet. Von verdächtigen Wahrnehmungen wollte man der hiesigen Polizei Mitteilung machen.

Der Gefangenenaustausch mit Frankreich. Wie vor einiger Zeit in der Presse mitgeteilt wurde, ist der Austausch bei

mehr als 18 Monate Kriegsgefangenen deutschen und französischen Geesangehörigen am 18. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Veruhigung der Angehörigen, die die Rückkehr der Ihrigen mit begrifflicher Ungeduld erwarten, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß der Austausch sich vollkommen regelmäßig vollzieht. In jeder Woche treffen zwei Züge mit rund 1500 deutschen Kriegsgefangenen Unteroffizieren und Mannschaften in Deutschland ein. Von deutscher Seite geschieht selbstverständlich alles, um den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern.

Wiederum eine Erhöhung der Eisenbahntarife! Am 1. April 1918 haben die deutschen Eisenbahnen einen Kriegszuschlag von 15 Prozent zu den Frachttarifen des Güter- und Tierverkehrs eingeführt, um wenigstens teilweise die durch den Krieg hervorgerufenen Mehrausgaben zu decken. In der Zwischenzeit ist das Wirtschaftslage zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Steigerung der letzteren berart gewachsen, daß die Wirtschaftlichkeit des Staatsbahnbetriebes ernstlich in Frage gestellt ist. Die deutschen Staatsbahnen sehen sich daher gezwungen, auf eine Vermehrung der Einnahmen durch Erhöhung der Tarife im Güter-, Tier- und Personenverkehr Bedacht zu nehmen. Bei den Personentarifen wird auf die im Feldzugs-, Gepäck- und Geprehgutverkehr zur Zeit bestehenden Zuschläge Rücksicht genommen werden. Die Erhöhungen werden voraussichtlich im ersten Viertel des Jahres 1919 durchgeführt werden. Die Zuschläge werden fast durchweg hinter denen zurückbleiben, die in anderen europäischen Ländern, Kriegführenden und neutralen, dem Wirtschaftsleben auferlegt worden sind. — Wir möchten, das Reisen wäre jetzt gerade teuer genug!

Verbot der Ausfuhr von Bismar Bier aus Bismar. Der Bismar Nationalausfuhr hat die Ausfuhr von Bismar Bier verboten, damit der heimische Verbrauch gedeckt werde; außerdem, weil keine Bürgschaft dafür bestehe, daß die Waggons wieder zurückgeschickt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

1. Helmsdorf-Beleuchtung. Die Ziehung dieser beliebten Lotterie, die mit zahlreichen großen und mittleren Geldgewinnen ausgestattet ist, findet vom 18. bis 25. November in Dresden statt. Die Gewinnziehung beginnt am 4. Dezember. Diese sind zum Preise von 3 Mk. in allen Bogenhäusern und durch den A. S. Unsalbendank in Dresden zu beziehen.

xy Neustädter, 7. Nov. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden bewilligt einmalige Feuerungszulagen für die städtischen Ruhegehaltsempfänger in Höhe von insgesamt 1828 Mark; weiter wurde Kenntnis genommen von dem Ausfall des Herbstjahrmarktes wegen Grippeerkrankungen. Zur Zeichnung für die 9. Arbeitsanleihe wurden 500 000 Mk. bewilligt; der Rat hatte 1 Million Mark beantragt. Gewählt wurde ein Ausschuß, der die Beschlüsse über etwaige Maßnahmen beim Lebensmittelmarkt prüfen und auf deren Beseitigung hinwirken soll.

xy Gieseler, 7. Nov. An Stelle des an das Schwanberger Gymnasium als Religionslehrer berufenen Pfarrers Friedrich wurde vom Kirchenrat der bisherige Pfarrvikar Pastor Martin Böhme einstimmig als Pfarrer hiesiger Kirchengemeinde gewählt. Die Einweihung wird am ersten Adventsonntage erfolgen.

Beipzig, 7. Nov. Da es aufgefallen war, daß ein flüchtiges Ehepaar in der Schleierstraße in Leipzig-Gutrich seit vergangener Sonntagabend im Hause nicht mehr bemerkt worden war, ließ die Polizei die Wohnung öffnen und fand deren Inhaber, einen 38-jährigen Mann, und seine 35-jährige Ehefrau als Leichen vor. Nach den angestellten Erörterungen hat die Ehefrau ihren von auswärts auf Urlaub weilenden Ehemann am Sonntagabend nach vorhergegangenem heftigen Streite mit einem Messer überfallen, auch mehrere Schüsse aus einer bei ihr aufgefundenen Browningpistole auf ihn abgegeben. Der Tod des schwerverletzten Mannes muß alsbald danach eingetreten sein. Nach den Blutspuren zu schließen, muß zunächst ein schwerer Kampf zwischen der Mörderin und ihrem Opfer stattgefunden haben. Diese hat sich noch in derselben Nacht erhängt. Tiefgehende eheliche Bermürnisse haben die Frau zur Mörderin an ihrem eigenen Manne werden lassen.

Dresden, 7. November. Auf dem Altmarkt fanden auch gestern mehrfach Menschenansammlungen statt, wobei auch einige Zivil- und Militärliterpersonnen Ansprachen an die Volksmenge hielten. Abends trieben eine große Anzahl Kinder ihr Unwesen auf dem Plage. Zu irgendwelchen Unruhestörungen ist es jedoch nicht gekommen.

Vermischtes.

Königliche Schlösser für Verwundete. Der Kaiser hat Befehl gegeben, eine große Anzahl königlicher Schlösser und Gebäude, die der Hofverwaltung unterstellt sind und als Lazarettzweck geeignet sind, in Lazarette umzuwandeln, um für die Verwundeten aus den besetzten Gebieten Unterkunft zu schaffen. In Berlin sind dafür das Marktaalgebäude, das Schloß Charlottenburg, in Potsdam das Schloß Marty, die Villa Hinkenstein, die ganze Westseite der Orangerie und wahrscheinlich auch Räume des Stadtschlösses in Aussicht genommen, ferner noch Hof- und Seitentrakten von Sanssouci. Auch die königlichen Schlösser in Wiesbaden, Coblenz, Brahl und Somburg sind für den gleichen Zweck zur Verfügung gestellt worden. Im ganzen werden etwa 500 Schlösser und Hofgebäude der Verwundetenversorgung dienlich gemacht.

Eine Massenflucht durch Stübchen. Auf dem Gute Wengrode bei Neu-Ruppin drangen Stübchen in die Stallungen ein, schlachteten an Ort und Stelle einen Ochsen, zwei Kühe, 80 Gänse und 60 Enten ab und schafften das Fleisch und Geflügel mit einem Kraftwagen weg. Dieser ist nach den Ermittlungen in der Richtung nach Berlin abgefahren. Es gelang noch nicht, die Täter zu ermitteln.